

der BOC gestellt wurde (siehe hierzu die Übersicht „Regierung schließt drittgrößtes Investmentunternehmen“ in *China aktuell*, Oktober 1998, S. 1113-1114). Auch andere „itics“ haben Probleme, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

So sollen sich insgesamt acht „itics“ nach der Schließung der GITIC in Schwierigkeiten befinden. Hierzu zählt nach einem Bericht der *South China Morning Post* die Guangzhou International Trust and Investment Corp. (GZITC), die im Dezember 1998 fällig werdende Schulden in Höhe von 200 Mio. US\$ zurückzahlen muß. Die Regierung der Provinzhauptstadt Guangzhou, deren Finanzarm GZITIC ist, hat bisher keine Erklärung über eine mögliche Unterstützung der Kapitalanlagegesellschaft abgegeben. (SCMP, 15.12.98)

Im Falle der Tianjin International Trust and Investment Corp. (TITIC) stellt sich die Situation jedoch anders dar. So hat sich die Tianjiner Regierung sofort hinter TITIC gestellt, als Zweifel an deren Zahlungsfähigkeit aufkamen. Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) hatte TITIC Anfang Dezember mit einer schlechteren Bewertung versehen. S&P bezweifelten aufgrund der Liquiditätsprobleme der TITIC, daß diese in der Lage ist, eine 10jährige Samurail-Anleihe mit einem Volumen von 10 Mrd. Yen einzulösen. S&P bewerteten den Schritt der Tianjiner Lokalregierung als positiv, stuften die TITIC jedoch nicht wieder höher ein. S&P wollen zunächst abwarten, wie die Umstrukturierungspläne der Zentralregierung für die „itics“ aussehen werden. (SCMP, 12.12.98)

Andere „itics“ in Schwierigkeiten sollen z.B. die in Hainan und Sichuan sowie die Guangdong Overseas Chinese International Trust and Investment Corp. sein. (SCMP, 15.12.98) Selbst die Shanghai International Trust and Investment Corp. (SITICO) meldete Ende Dezember, daß sie in den letzten Monaten Probleme gehabt hätte, Kredite zurückzuzahlen. Allerdings sei es ihr trotz dieser Schwierigkeiten gelungen, fällig werdende Schuldverpflichtungen einzulösen. So konnte SITICO eine fällige fünfjährige Anleihe in Höhe von 70 Mio. US\$ an Singapur zurückzahlen. Zhou Youdao, Aufsichtsratsvorsitzender der SITICO, erklärte, daß die Gesellschaft rd. 200

Mio. US\$ mittel- und langfristige Auslandsschulden sowie 30 Mio. US\$ kurzfristige Auslandsschulden habe. (FT, 31.12.98/1.1.99)

Nach ersten Berichten über die Umstrukturierungspläne der Zentralregierung, sollen von den derzeit rd. 240 „itics“ nach einer Bewertung von Anlagevermögen und -qualität nur noch rd. 40 dieser Unternehmen überleben. Es wird davon ausgegangen, daß die Zentralbank diesen Kapitalgesellschaften dann erlauben wird, sich durch Aufnahme neuer Anteilsnehmer zu rekapitalisieren. Ob dann jede Provinz eine „itic“ haben oder ob die Zahl der „itics“ nur abhängig von der Kapitalbasis der Gesellschaften gemacht wird, ist noch unklar.

Für die Zentralregierung stellt die Umstrukturierung der „itics“ eine dringende Notwendigkeit dar, da diese enorme Risiken für das gesamte Finanzsystem darstellen. (SCMP, 15.12.98) Die Höhe der offiziell genehmigten Auslandskredite der „itics“ soll sich insgesamt auf rd. 30 Mrd. US\$ belaufen. Die meisten der Auslandskredite sollen innerhalb von ein bis zwei Jahren fällig werden. Daneben sollen die „itics“ jedoch auch rd. 30 Mrd. US\$ an nichtregistrierten Auslandsschulden besitzen. (SCMP, 2.12.98) - schü-

31 Kredite der Zentralregierung zur Unterstützung von Arbeitslosen und Rentnern

Um die Notlage von Arbeitslosen und Rentnern zu beheben, hat die Zentralregierung Anfang Dezember angekündigt, den Provinzen Kredite in Höhe von 8 Mrd. Yuan zur Verfügung zu stellen. Damit sollen die Lokalregierungen in der Lage sein, das „Zwei-Garantien-Projekt“ zu unterstützen, d.h. entlassenen Arbeitskräften eine Grundversorgung und den Rentnern die Zahlung einer Rente zu garantieren.

Obwohl die finanzielle Absicherung sowohl durch die Regierung als auch durch die Unternehmen und durch Eigenleistung erfolgen soll, weist das Arbeitsministerium auf die schwierige Situation mancher Regionen hin. Insbesondere die Zentral- und Westregion Chinas sowie die alten Industriestandorte litten derzeit unter finanzieller Knappheit. Staatseigene Un-

ternehmen in diesen Regionen hätten dort Probleme mit ihrer Produktion, wiesen schwerwiegende Verluste auf, und es fehlte ihnen an finanziellen Mitteln. In manchen Regionen könnten außerdem die Renten der im Altersruhestand befindlichen Personen nicht bezahlt werden. Vor diesem Hintergrund hat die Zentralregierung den speziellen Kredit von 8 Mrd. Yuan vergeben, der eine Laufzeit von drei Jahren hat und nur zu einem Teil verzinst werden muß. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 30.11.98; nach SWB FE/D3402/CNS 5.12.98)

Nach Einschätzung des Ökonomen Hu Angang, muß für 1999 mit einer Zunahme der städtischen Arbeitslosigkeit auf 8-9% gerechnet werden. Die Zahl der Arbeitslosen würde auf 15-18 Mio. Menschen steigen, und es würden 50 Mio. Haushalte von der Arbeitslosigkeit betroffen sein. (*Sing Tao Jih Pao*, Hongkong, in Chinese, 3.12.98, nach SWB FE/D3402/CNS 5.12.98) - schü-

SVR Hongkong

32 Unternehmer kritisieren Verschlechterung des Hongkonger Investitionsklimas durch „Politisierung“

Li Ka-shing, einer der international bekannten Hongkonger Immobilien-Tycoons, hat sich öffentlich über eine Verschlechterung des Investitionsklimas beklagt, die durch politische Auseinandersetzungen in jüngster Zeit hervorgerufen worden sei. Li kündigte an, daß er eine Investition in Höhe von 10 Mrd. HK\$ mit Blick auf das ungünstige politische Umfeld nicht tätigen werde: „In today's environment, this political environment, I'd rather do less.“ (AWSJ, 23./24.12.1998; FT, 23./24./30.12.1998)

Diese Äußerungen lösten in Hongkong nicht nur einen Kursrutsch an der Börse, sondern auch eine lebhafte Debatte über die wirtschaftlichen Folgen der politischen Kräfteverschiebungen aus, die mit den Legislativwahlen im Mai 1998 und der Stärkung der regierungs- und chinakritischen Opposition einhergegangen sind.

Mehrere Spitzenrepräsentanten der Hongkonger Wirtschaft hatten in den vergangenen Wochen eine Politisierung und Ideologisierung der Wirtschaftspolitik von seiten der Opposition kritisiert. Ronnie Chan, Präsident des Konzerns Hang Lung Development, sagte sarkastisch, daß die Angst vor den Kommunisten aus Beijing, die vor 1997 geherrscht habe, unbegründet gewesen sei. Die wahren „Kommunisten“ fänden sich im Hongkonger Legislativrat und beabsichtigten durch ihre Kritik an der Unternehmerschicht sowie durch staatliche Umverteilungspläne, das wirtschaftsfreundliche Umfeld grundlegend zu verändern: „Hong Kong has changed. Before, it was an economy-led city and now it is a politics-led city.“

Die Polarisierung zwischen „Populisten“ im Legislativrat (die sich nicht nur in der regierungskritischen Demokratischen Partei, sondern auch in der chinafreundlichen Demokratischen Allianz für ein Besseres Hongkong finden) und der Hongkonger Business-Elite ist mit dieser Kontroverse offen zu Tage getreten. Mitglieder der Legislative hatten seit Beginn der Wirtschaftskrise wiederholt Kartellstrukturen in der Hongkonger Wirtschaft und die allzu enge Abstimmung zwischen Regierung und Großunternehmen kritisiert; darüber hinaus war eine aktivere Sozial- und Beschäftigungspolitik zugunsten ärmerer Bevölkerungsteile von Regierungskritikern gefordert worden.

Vertreter der Unternehmer-Elite haben jetzt auf diese Attacken reagiert und öffentlich die Gefahren beschworen, die mit einer „Politisierung“ des wirtschaftlichen Umfeldes für die Wettbewerbsfähigkeit Hongkongs verbunden sein könnten. Die Zurückhaltung von Großinvestitionen wird nun von einigen Tycoons offenbar als Hebel eingesetzt, um für sie ungünstige wirtschaftspolitische Maßnahmen abzuwenden.

SVR-Regierungschef Tung Chee-hwa, der vor seiner Amtsübernahme ebenfalls zur Unternehmer-Elite gehört hatte, äußerte sich vorsichtig zu der Kontroverse, machte jedoch deutlich, daß auch er eine investitions- und unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik als Grundlage für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit Hongkongs ansehe.

Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji reagierte offenbar beunruhigt auf den Vorstoß Li Ka-shings, der über ausgezeichnete Beziehungen zur Machtzentrale in Beijing verfügt. Die Zentralregierung wies das Hongkong- und Macau-Büro sowie die Zweigstelle der Xinhua-Nachrichtenagentur in Hongkong an, einen Bericht über die Bedingungen einer wirtschaftlichen Erholung in der Sonderverwaltungsregion anzufertigen. (SCMP, 6.1.1999) -hei-

33 Hongkong als Innovationszentrum für Hochtechnologie?

Nach dem Souveränitätswechsel hat die neue Regierung unter Tung Chee-hwa gleich ihre Ambitionen verkündet, Hongkong zu einem Innovationszentrum für Südchina und die Region auf dem Gebiet der Hochtechnologie auszubauen. Zu diesem Zweck gründete Regierungschef Tung eine Kommission für Innovation und Technologie (Commission on Innovation and Technology), die kürzlich ihren ersten Bericht vorlegte. Darin werden Empfehlungen für die Förderung von High-Tech-Industrien durch die Regierung ausgesprochen. U.a. wird empfohlen, Hongkong zu einem Zentrum für Informationstechnologie, elektronischen Handel und Software-Produktion zu entwickeln. Über verschiedene Programme wird Industrieunternehmen technische Hilfe angeboten und werden innovative Projekte gefördert. So hat die Regierung z.B. die Errichtung eines Innovations- und Technologie-Fonds von 5 Mrd. HK-Dollar zugesagt, aus dem Projekte finanziert werden sollen, die innovativ oder geeignet sind, Produktion und Dienstleistungsgewerbe zu modernisieren. Außerdem hat Tung Chee-hwa die Empfehlung der Kommission akzeptiert, ein Institut für Angewandte Wissenschaft und Technologie zu gründen, das wettbewerbsfähige Technologien für die praktische Umsetzung entwickeln soll. In Tai Po soll bis zum Jahr 2001 ein Wissenschaftspark mit Unternehmen, die F+E betreiben, entstehen. (XNA, 27.11.98 u. Regierungserklärung Tungs in SCMP, Internet Ed., 7.10.98)

Zu den ambitionierten Plänen der Hongkonger Regierung und den Empfehlungen der Kommission für Inno-

vation und Technologie hat kürzlich ein Professor der Hong Kong Polytechnic University kritisch Stellung genommen (s. Howard Davies, „Hong Kong Falls Into the High-Tech Money Trap“, AWSJ, 24.11.98). Er moniert vor allem, daß die Kommission keine klare Vorstellung zum Ausdruck gebracht habe, was sie unter Innovationen versteht. Wenn es allein darum ginge, Hochtechnologie in der Wirtschaft anzuwenden, dann brauchten die Hongkonger Betriebe keine Anleitung von seiten der Regierung, denn sie seien Experten in der Anwendung sinnvoller Technologien. Die Hongkonger Geschäftsleute wüßten sehr wohl, daß höhere Technologie nicht notwendigerweise bessere Technologie bedeute. Beispielsweise sei High-Tech-Produktion für Hongkonger Firmen, die in China produzieren, ungeeignet, weil die Arbeitskräfte dort nicht die nötigen Voraussetzungen hätten. Modulteknik z.B. erfordere nicht nur eine teure Ausstattung, sondern auch gut und vielseitig ausgebildete Arbeitskräfte.

Der Schlüssel für ein Innovationszentrum liege in erster Linie im Bildungswesen. Hier müsse die Regierung ansetzen und eine umfangreiche Reform des Schul- und Ausbildungssystems in Gang setzen. Das Problem sei, daß im Bildungswesen immer noch Strukturen vorherrschten, die grundsätzlich innovativem Denken hinderlich seien. Kinder in Hongkong begännen bereits mit drei oder vier Jahren, chinesische Schriftzeichen auswendig zu lernen und Tests zu machen. Sie entwickelten eine unschlagbare Fähigkeit, abstrakte Vorstellungen und die formale Beziehung zwischen ihnen zu begreifen; aber sie hätten Schwierigkeiten mit Unklarheiten, sie brauchten klare Antworten und erwarteten vom Lehrer, daß er ihnen den Weg zu eindeutigen Lösungen weist.

Selbst wenn es gelänge, diese Strukturen zu verändern, dann stehe man immer noch vor der Aufgabe, die Betriebe zu verändern. Die Mehrzahl von ihnen sei sehr klein, habe kurzfristige Zeithorizonte, sei in hohem Grade flexibel und handlungsfähig bei äußerster Sparsamkeit. Diese Vorteile hätten die Stadt reich gemacht. Aber wie auch die Kommission für Innovation und Technologie betone, hätten Hongkonger Betriebe eine „schwache F+E-Kultur“. Um diese zu verbessern,

schlage die Kommission die Gründung eines Forschungsinstituts für angewandte Wissenschaft und Technologie vor, das den Betrieben innovative Technologie zur Verfügung stellen soll, die diese dann vermarkten können. Doch warum, so fragt der Verfasser, sollten Hongkonger Firmen das Risiko eingehen, ungetestete lokale Innovationen zu entwickeln, wo es ein leichtes sei, voll entwickelte und bewährte Technologien aus den USA, Europa oder Japan zu übernehmen? Die schwache F+E-Kultur sei ein Teil ihres Erfolges, sie könne nicht durch ein von der Regierung finanziertes Institut oder den Ruf der Regierung nach Innovationen geändert werden. Tatsache sei, daß Hongkonger Firmen keine lokal entwickelten Innovationen brauchten.

Auch von dem Vorschlag der Kommission, einen Technologietransfer von den Universitäten Hongkongs und Chinas in die Industrie zu fördern, hält der Verfasser nicht viel, weil nach seinem Urteil an den Universitäten Hongkongs kaum für den Markt verwertbare Technologie entwickelt werde. Dies sehe die Kommission zwar auch, und sie schlage daher die Einrichtung von Forschungszentren für Technologie und die Förderung von Partnerschaften zwischen Universitäten und Industrie vor, aber dies alles bedeute für die Akademiker keinen Anreiz, Forschung mit Blick auf den Markt zu betreiben. Was die ebenfalls als Quelle für den Technologietransfer genannte wissenschaftliche Basis auf dem Festland betreffe, so gebe es dort zwar Zigtausende sehr fähiger Wissenschaftler, aber ihre Ressourcen seien äußerst begrenzt, und außerdem herrsche allzuoft große Ignoranz in bezug auf das, was bereits anderswo entwickelt wurde und was marktfähig sei.

Angesichts dieser Skepsis hinsichtlich Hongkongs Fähigkeit, ein Zentrum für innovative Technologie zu werden, ist es nur folgerichtig, wenn der Verfasser empfiehlt, die Kommission für Innovation und Technologie wieder aufzulösen, bevor noch mehr Steuergelder für eine nutzlose Sache verschwendet würden. Diesem Rat wird die Regierung mit Sicherheit nicht folgen, doch täte sie gut daran, die zwar teilweise überspitzt formulierte, aber im Kern richtige Analyse in ihre weiteren Planungen einzubeziehen. Die Grundfrage, ob man sich auch in Hongkong auf

die große Palette innovativer Technologie konzentrieren muß, können die Hongkonger nur selbst beantworten. Das Risiko unsinniger und teurer Doppelarbeit muß einkalkuliert werden, Konzentration auf das Machbare das Ergebnis sein. Es hat den Anschein, daß die Regierung ihre Förderungsmaßnahmen vor allem auf die Informationstechnologie lenkt (vgl. XNA, 27.11.98). Hier einen Schwerpunkt zu setzen, erscheint durchaus sinnvoll. Doch sollte berücksichtigt werden, daß die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für innovatives Denken im Bildungswesen wie in den Betrieben selbst ein langfristiges Projekt ist. -st-

Macau

34 Kritik von Beijing an Macaus Budget 1999

Am 4. Dezember äußerte der chinesische Chefunterhändler in der Sino-portugiesischen Liaisongruppe für die Übergabe Macaus an China (Macau soll am 20. Dezember 1999 an China zurückgehen), Han Zhaokang, in einem Gespräch mit seinem portugiesischen Gegenpart seine Enttäuschung über den Beschluß der Macauer Regierung, die akkumulierten Finanzreserven in das Budget 1999 einzubringen. Nach Han hat Beijing im November 1997 ein Mitspracherecht bei der Aufstellung des Haushalts 1999 der Noch-Kolonie angefordert. Im September 1998 habe die Macauer Regierung zugesagt, diesbezüglich China zu konsultieren; der Entwurf des neuen Budgets wurde im November vorgelegt.

Bei den Konsultationen habe die chinesische Seite Bedenken gegen einige Punkte geäußert, die die künftige Regierung Macaus nach der Übergabe der Territoriums benachteiligen dürfte. Vor allem solle die jetzige Regierung die Finanzreserven nicht ins Budget 1999 aufnehmen. Dies sei von der Macauer Regierung abgelehnt worden. Auch einen chinesischen Vorschlag mit dem Kompromiß, nur eine beschränkte Summe der Reserven für unvorhergesehene Finanzschwierigkeiten 1999 zu verwenden, habe sie nicht akzeptieren wollen. (XNA, 5.12.98)

Zur chinesischen Kritik erklärte der portugiesische Botschafter in China, Pedro Catarino, daß die Macauer Regierung die Überschüsse der vergangenen Haushalte in Höhe von 2,8 Mrd. HK\$ (umgerechnet rd. 359 Mio. US\$) verwerde, um der regionalen Finanzkrise zu begegnen. Die Lage sei zwar nicht dramatisch, aber 1999 habe die Macauer Wirtschaft eine Rezession von 3% zu erwarten. Der Griff an die Reserven sei nur in Notfällen gedacht und werde auch transparent gemacht. Macau befinde sich ansonsten in guter Finanzkondition. Dazu wies der Botschafter auf den bereits deponierten Landfonds in Höhe von 8 Mrd. HK\$ für die künftige Regierung hin. (SCMP, Internet Ed., 8.12.98)

In den ersten zehn Monaten 1998 gingen die Exporte der Noch-Enklave Portugals wertmäßig gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,3% auf 14 Mrd. Patacas (umgerechnet 1,75 Mrd. US\$) zurück. Da die Importe gleichzeitig noch mehr um 3% auf 12,9 Mrd. Patacas (1,61 Mrd. US\$) sanken, wies die Handelsbilanz einen Überschuß von 1,1 Mrd. Patacas (137,5 Mio. US\$) auf, 187% höher als vor einem Jahr. (XNA, 29.12.98) Die durchschnittliche Inflationsrate lag in den ersten elf Monaten 1998 nach offiziellen statistischen Angaben bei 0,4%; die Arbeitslosenquote betrug zwischen August und Oktober 5,4%, höher als die von 3% im entsprechenden Vorjahreszeitraum. (XNA, 10. und 23.12.98) -ni-

35 Leichter Rückgang der Kriminalität 1998

In den ersten zehn Monaten 1998 ist in Macau die Anzahl von Morden, Überfällen, Erpressungen und Diebstählen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Insgesamt wurden vom Januar bis Oktober 22 Mordfälle, davon 12 in Verbindung mit organisierter Kriminalität, und 763 Überfälle registriert, 3 bzw. 151 weniger als vor einem Jahr. Abgesehen von Entführungen, von denen es sechs Fälle mehr als vor einem Jahr gab, nahmen die anderen Verbrechen wie Erpressungen, Diebstähle und illegaler Besitz von Waffen ebenfalls ab.

Obwohl im Laufe des Monats Dezember wieder eine Reihe von Entführungen, Bombenanschlägen und Raubdelikten gemeldet wurde und ein portu-